Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 44. V. BAND 10. Dezember 1916.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter“
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Nr. 44. 10. Dezember 1916.

POLNISCHE BLÄTTER

Der Werdegang des neuen Polen.

Fast jeder Tag liefert Beweise dafür, dass der grosse diplomatische Wurf der Zentralmächte in der polnischen Frage von unermesslichem, positivem Werte ist. Ueber die polnische Frage sind bereits zwei russische Ministerpräsidenten gestürzt und es besteht kein Zweifel, dass diese Lösung im ganzen Entente-Lager Zerwürfnisse hervorrufen wird. Die Unzufriedenheit der dortigen Presse mit der Haltung Russlands, das den polnischen „Trumpf" — bei den Entente-Herren ist das Schicksal einer grossen Nation nur ein Trumpf, wie übrigens ihr Benehmen nicht nur gegen Griechenland, sondern auch gegen Rumänien beweist — aus der Hand gelassen hat, diese Unzufriedenheit lässt sich nicht unterdrücken, und führt eine beredte Sprache sogar mit den Zensurlücken massgebender Zeitungen. Die englische „Nation" vom 11. November sucht es der russischen Regierung klar zu machen, dass sie den Polen dasselbe gewähren müsse, wie die deutsche Regierung. Schon lasen wir, dass im italienischen Parlament ein Antrag für die Unabhängigkeit Polens gestellt worden ist; mit Mühe gelang es der Regierung ihn zurückzustellen, da er direkt gegen Russland gerichtet war. Solche Reibungen zwischen Volksführern und Regierungen, zwischen westlichen Regierungen und Russland, müssen nun öfters vorkommen. Die Stellungnahme eines Teiles der öffentlichen Meinung in Russland und der dortigen Polen wird zu diesem Prozesse nicht wenig beitragen. Unter dem Einflusse der Unabhängigkeitsproklamation der Zentralmächte sehen sich manche russische Kreise

gewungen, die Unabhängigkeit Polens oder ein Surrogat dafür in ihr Programm aufzunehmen. In diesem Sinne haben sich mehrer Redner in der letzten Sitzung des Vereines für slavische Gegenseitigkeit unter Vorsitz des bekannten Politikers Briantschaninow ausgesprochen. In der Sitzung der Reichsduma, als der polnische Redner über Autonomie für Polen sprach, wurde er von der Linken mit Ausrufen unterbrochen „Unabhängigkeit, nicht Autonomie!“ Diese Stimmen und die schroffe Ablehnung jedweder staatsrechtlicher Zugeständnisse seitens der Regierung an Polen, verglichen mit dem Manifeste der Zentralmächte, zwangen die polnischen Organisationen Russlands, ihr Programm und ihre Taktik total zu ändern. Der Frankfurter Zeitung wird am 6. Dezember gemeldet: „Am 28. November veröffentlichten sämtliche in Russland erscheinenden polnischen Zeitungen eine offizielle Erklärung der polnischen Mitglieder des Reichsrates, der Duma und des Petersburger Polenkomitees, die von Czetwertynski, Grabski, Harussewicz, Jaroński, Szebeko und Wielopolski unterschrieben ist. Die Erklärung bezeichnet zunächst das Manifest der Mittelmächte als einen Willkürakt, der die Teilung der polnischen Länder aufrechterhalte und die polnische Bevölkerung zum Eingreifen in den Krieg auffordere und fährt dann fort: „Eine grundsätzliche Forderung aller Polen ist die Einigung der polnischen Länder und die Aufrichtung eines selbständigen Staates. Russland und seine Verbündeten haben Polen seit Anfang des Krieges die Vereinigung seiner getrennten Gebiete versprochen, aber die Erklärung der russischen Regierung vom 15. November betont, dass Russland Polen nur eine nationale, kulturelle und wirtschaftliche Autonomie zu schenken gedenkt. Die freie Entwicklung des polnischen Volkes fordert die Wiederherstellung der polnischen Staatlichkeit. Die russische Erklärung schwächt bedeutend die Widerstandskraft der Polen in ihrer Heimat, um so mehr, als in Russland alle Ausnahmegesetze gegen die Polen weiterbestehen. Es ist daher höchste Zeit, dass die

Koalition sofort zur definitiven Lösung der polnischen Frage schreitet.

„Im übrigen muss es auffallen, dass, abgesehen von dem Peterburger „Kuryer Nowy", dessen sämmtliche Leitartikel seit einer Woche unterdrückt werden, die übrige Polenpresse in Russland Aufsätze enthält, die einstimmig aufs Schärfste, sowohl die Regierungserklärung Stürmers wie die Erklärung der Ententeregierungengen bezüglich Polens zurückweisen. Der Abgeordnete Lednicki im Moskauer „Echo Polski", der bekannte Publizist Edward Paszkowski im „Dziennik Kijowski", ausserdem die Petersburger „Gazeta Polska" und „Sprawa Polska" schreiben offen, dass die russische Gegenproklamation auf jeden Polen einen niederschmetternden Eindruck machte und Stürmer in der polnischen Frage alles verdorben habe, was noch zu verderben war. „Gazeta Polska" erwähnt, dass Ssasonow die Veröffentlichung einer Regierungserklärung über Polen beabsichtigte, Stürmer aber diese Frage wieder dew Archiv überwiesen habe. Der Widerhall der russischen Erklärung bei den Ententeregierungen habe den Glauben der Po-an die Bedeutung der Ententekoalition als Grundlage der künftigen internationalen Beziehungen erschüttert."

Die Proklamation des Nikolai Nikolajewitsch von 1914 ist also in den Augen auch derjenigen Polen, die sich auf Russland angewiesen wähnen, dahin gewandert, wo ihr eigentlicher Platz war: in die Rumpelkammer; sie verlangen offen und klar nicht mehr Autonomie, sondern ein polnisches Staatswesen. Mehr darf wahrscheinlich ein unter dem Zepter des Zaren lebender Pole nicht aussprechen, sollte er einer Anklage wegen Hochverrates nicht verfallen. Die Proklamation der Zentralmächte verspricht aber entschlossen einen freien, unabhängigen Staat. Die in Russland lebenden Polen haben auch ihren Glauben an den guten Willen seitens Russlands total aufgegeben; sie apellieren noch an die Koalition, aber dies bedeutet eben Schürung von Unzufriedenheit und Zerwürfnis im Entente-

Lager. Den moralischen, diplomatischen und politischen Sieg aus diesen Gährungen können nur die Zentralmächte davontragen. Jetzt und in der Zukunft. Und dies umso sicherer, je rascher, je realer das neue polnische Staatswesen aufgebaut wird.

* * *

Im gegenwärtigen Augenblick schweigen aber noch die Diplomaten, und die Armeeführer haben das grosse Wort. Der Krieg ist noch nicht zu Ende — weder für die Zentralmächte, noch für die Polen. Die Ostgrenze hat noch nicht jenen geographischen Punkt erreicht, den wir alle zu unserer vollständigen Sicherung nötig haben. Nicht um Befriedigung des nationalen Ehrgeizes oder um eines plumpen Imperialismus handelt es sich, sondern um Aufrechterhaltung der historischen und vitalsten Interessen eines Volkes, das zum Verbündeten der Zentralmächte berufen, entsprechende Kraft erlangen muss, um diese Aufgabe mit Erfolg zu erfüllen. Das Königreich Polen zählt bekanntlich über 100 Einwohner pro Km² und wo diese Bevölkerungsdichte erreicht und infolge der bevorstehenden Besserung der hygienischen und sozialen Lage des Landes eine Zunahme zu erwarten ist, muss für Ausdehnungsgebiet gesorgt werden. Eine Massenauswanderung der Polen nach dem Westen ist ja nicht erwünscht; es bleibt nur der Osten. Dieses Gebiet ist übrigens ein alter Bestandteil der ehemaligen Republik; auf Schritt und Tritt begegnen wir hier Spuren polnischer Kultur und polnischen Eigentums, und bei voller Wahrung der Rechte der Litauer darf behauptet werden, dass gegen den Osten die Grenzen der polnischen Ueberlieferungen und Einflüsse mit den Grenzen des Katholizismus übereinstimmen. Diese Grenzen sind aber noch nicht erreicht — und hier wäre eben geeigneter Spielraum für die zu mobilisierende polnische Kraft. Um aber diese Kraft in Bewegung zu setzen, sind manche Massnahmen notwendig, die auf die Einsetzung einer nationalen Regierung und Erledigung der Regentenfrage hinauslaufen.

Mit Befriedigung wollen wir feststellen, dass dieser realen Notwendigkeit die Verbündeten Rechnung tragen. Die Schaffung eines provisorischen Staatsrates in Polen — laut Verordnung vom 26. November — ist ein ernster Schritt auf dem Wege der Verwirklichung der Proklamation vom 5. November und als solcher wurde er von sämtlichen Parteien, die auf Grundlage dieser Proklamation stehen, mit Anerkennung begrüsst.

Ein Staatsrat ist noch keine nationale Regierung; laut § 7 der Verordnung des General-Gouverneurs hat aber der polnische Staatsrat nicht nur sein Gutachten in allen Fragen der Gesetzgebung abzugeben, sondern auch an der Schaffung weiterer staatlicher Einrichtungen im Königreiche Polen — auch „an der Bildung der polnischen Armee mitzuwirken“. Dieser Wirkungskreis bezeugt ein solches Verständnis der Verbündeten Regierungen für die berechtigten polnischen Wünsche, dass wir Berücksichtigung auch der weiteren Programmpunkte der Polen im Interresse des harmonischen Zusammenarbeitens mit den Okkupationsmächten, im Interesse des Ausbaues des neuen Staates und der gemeinsamen Zukunft erhoffen.

Auf diesem Wege werden die Tendenzen Russlands betreffs Polen zunichte gemacht, im Koalitionslager das Zerwürfnis gesteigert, vor allem aber nahen wir uns dem Hauptziel: der Schaffung einer polnischen Armee, die imstande wäre, unter deutscher Führung gegen den Osten vorzurücken und den polnisch Staat so gross und kräftig zu gestalten, dass er wirklich in jeder Beziehung ein leistungsfähiges Mitglied Mittel-Europas bleibe.

* * *

Worauf es jetzt ankommt, das ist die Beschleuninigung des Werdeganges Polens, damit das Land baldmöglichst zur praktischen Arbeit, besonders aber zur Organisierung einer möglichst grossen Armee schreiten könne. Die „Post“ ist freilich anderer Meinung; sie glaubt nämlich, dass die Verhältnisse „eine sofortige Einrichtung der staatlichen Organisationen schlechthin

verbieten" — warum aber, geruht der Artikelschreiber zu verschweigen. Wir sind entgegensetzrr Meinung. Für uns besteht nur Eine Grenze für die Polonisierung der Regierung in Warschau: nämlich das militärische Interesse. Wo dies beginnt, muss alles schweigen; das sagen wir von unserem egoistischen Standpunkte. Aber im Momente, als die Verbündeten Regierungen für nützlich gefunden, den polnischen Staatsrat auch „an der Bildung der polnischen Armee mit dem hiermit betrauten höchsten militärischen Befehlshaber der Verbündeten Mächte mitwirken" zu lassen, sehen wir wirklich nicht ein, warum nicht jetzt schon manche Zweige der Zivilverwaltung polnischen Kräften anvertraut werden könnten. Dafür sprechen ja dreierlei Motive: Entlastung der deutschen, bezw. österreichischen Regierungsorgane, denen natürlich die Oberaufsicht verbleiben muss; die Uebernahme seitens der Polen der Verantwortung gegenüber dem Auslande: die Ausstellung einer Armee durch Polen selber würde ja sämtliche übrigens unwahre Greuelgeschichten der Entente-Presse über die angebliche Vergewaltigung des Landes durch Deutschland zum Schweigen bringen; schliesslich würde diese Tatsache im ganzen Volk die grösste Begeisterung hervorrufen und die Schaffung der nationalen Armee ungemein beschleunigen.

Schon die Proklamierung des neuen Staatsrates hat in dieser Beziehung Erspriessliches bewirkt. Die Liga der polnischen Staatlichkeit hat sich bereit erklärt, die Werbetätigkeit für die zu schaffende Armee zu unterstützen; hoffentlich werden bei baldiger Rücksichtnahme auf andere berechtigte Bestrebungen des Landes, sämtliche Parteien für die Militarisierung gewonnen werden — damit baldmöglichst vom Freiwilligensystem zum System der allgemeinen Dienstpflicht übergegangen werden kann.

Beschleunigen wir diesen Werdegang nach Möglichkeit — kein Opfer ist für sein Endergebnis zu teuer! Eine diplomatische und politische Niederlage auf dem

Gebiete der Polenfrage hat Russland bereits erlitten; es muss alles getan werden, um mit Hilfe einer starken polnischen Macht auch an der nordöstlichen Front, eine natürliche Grenze für Mittel-Europa zu erreichen und Spielraum für den polnischen Bundesgenossen zu gewinnen. Das ist ein Interesse Polens; das Land hat auch für diesen Zweck gegen eine Million wehrkräftiger Männer zur Verfügung; es ist aber auch ein Interesse der Zentralmächte: sie sollen daher auf ihr Entgegenkommen den berechtigten polnischen Wünschen nicht lange warten lassen. Wir erhoffen von allen beteiligten Faktoren ganze und rasche Arbeit: nur wenige Monate trennen uns von der neuen russischen Offensive . . .

Die Vorgänger der Legionen.

Ueber die Legionen von heute, die die Kadres der künftigen polnischen Armee bilden sollen, haben die „Polnischen Blätter“ öfters Berichte gebracht, doch lohnt es sich, für sie auch in die weite Vergangenheit einmal zurückzugreifen, zu den alten Legionen, in deren Bahnen vielfach die heutigen wandeln. Wiederholt sich doch bei beiden dasselbe, von dem Marschliede an bis zum Namen und zu manchen Einzelheiten im Schnitt der Ulanen-Uniformen; derselbe Geist beseelt beide und dieselben Schwierigkeiten hatten beide zu überwinden; dasselbe Ziel schwebt ihnen vor und die gleiche Abwesenheit des sich fern haltenden Grossadels von allem ihrem Tun und Treiben ist für beide charakteristisch geblieben.

Im Mittelpunkte von Polens neuerer militärischen Geschichte stehen eben diese alten Legionen, denn von ihnen aus schlingen sich die Fäden zu den Heeren des Herzogtumes Warschau und des Königreiches Kongresspolen; sie selbst gehen wieder zurück auf das Nationalheer des Kościuszko und durch dieses auf das

letzte Heer der Krone Polen, wie es durch die Reformarbeit des Langen Reichstages geschaffen oder eher nur geplant war.

Ein solcher Rückblick wird erleichtert durch die vorausgegangene Fach- und Forscherarbeit. Als ahnte man, was sich vorbereite, ist gerade in den letzten Dezennien, ganz anders als in allen vorausgegangenen, die früher wenig beachtete Geschichte der Legionen bis in alle Einzelheiten hinein durchforscht und populär (von Schnürr-Pepłowski), wie wissenschaftlich (von Skałkowski, Sokolnicki, Tokarz, Kukiel u. a.) dargestellt worden; was die alte Warschauer Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften nur geplant hatte, ist ein Jahrhundert später ausgeführt. Das umfangreiche Werk von Tadeusz Korzon „Dzieje wojen i wojskowości w Polsce“ (Geschichte der Kriege und des Kriegswesens in Polen, drei Bände, Krakau 1912) ist zwar nicht von einem Fachmann verfasst (wie die vorausgegangenen Schriften des Obersten Górski über Geschichte der polnischen Infanterie u. a. m.), trotzdem sehr verdienstlich. Es war entstanden, wie so manches andere Werk der neuesten polnischen Staats- und Kulturgeschichte (vgl. die Werke von Wł. Łoziński über altadliges Leben, Jabłonowski über Polnisch-Reussen) aus der Anregung, die sich aus dem Unternehmen einer polnischen Encyklopädie durch die Krakauer Akademie der Wissenschaften, das sich auf allen Gebieten polnischer Landes- und Volkskunde fruchtbar erwies, ergeben hatte und wuchs sich aus einer geplanten blossen Skizze zu einem dreibändigen Quellenwerke aus, das Korzon bis 1794 fortführte, während der bekannte Sammler, heute Warschauer Museumsdirektor, Bronisław Gembarzewski es bis 1831 fortsetzte und einen besonderen Abschnitt über Waffen und Rüstungen hinzufügte. Eine kurze, populäre Skizze verdanken wir dem Lemberger Gelehrten Dr. Maryan Kukiel: Z dziejów organizacyi wojsk polskich (Aus der Organisationsgeschichte der polnischen Heere, Piotrków 1916); der Verfasser, gegenwärtig im Felde

als Legionenhauptmann hervorragend tätig, hatte sich trefflich eingeführt durch seine fachliche Berichterstattung über russische Rüstungen und polnische Vorbereitungen, die er vor dem Kriege unter einem Pseudonym in der Krakauer „Krytyka“ W. Feldman's regelmässig erscheinen liess, die zu eigenem Nachteil von militärischer Seite zu wenig beachtet blieb; die knappe Skizze, die wir eben genannt haben, verfasste er mehr aus dem blossen Gedächtnis mitten im Lager; Schwung und Wärme des Tons entschädigen für die Kürze der Darstellung.

Die Geschichte der polnischen Legionen setzt voraus die Geschichte des polnischen Heeres im 18. Jahrhundert. Quantum mutatas ab illo! wäre man versucht auszurufen, vergleicht man dies Heer mit den vorausgegangenen Heeren eines Żołkiewski, Chodkiewicz, Czarnecki und Sobieski. Jetzt war die alte Kriegstüchtigkeit des alten Adels zu einer blossen Legende geworden, da sich dieser Adel entweder mit der Bewirtschaftung seiner Landgüter und politischen Intriguen im Dienste der Magnaten oder wenn er in Heeresdienste trat meist mit Titeln begnügte. Neben dem im 18. Jahrhunderte (und schon lange vorher) völlig veralteten faktisch nie mehr aufgerufenen Allgemeinen Aufgebote gab es allerdings eine stehende Miliz, angeworben meist aus polnischen Bauern und etlichen Deutschen, mit deutscher Kommandosprache und vielfach unter fremden Offizieren, aber die Zahl dieser Miliz war ganz ungenügend. Der „stumme Reichstag“ von 1717 ordnete endgiltig das Heer, um Land und Leute von der Bedrückung durch die alten losen Haufen zu befreien, indem er die Zahl der „Portionen“ (auf den Mann) auf 24000 festsetzte, wodurch, da auf die Offiziere mehrere Portionen kamen, die Kopfzahl nur etwas über 16000 hinausging; faktisch blieb sie immer weit darunter. Und an dieser Zahl, die ganz geringfügig war im Verhältnis zu den in die Hunderttausende gehenden Heeren der Nachbarmächte, sowie der Hunderte von Meilen laufenden, völlig offenen Grenzen mit einer einzigen Festung, Ka-

mieniec, die im Grunde wie die paar andern im Lande selbst, nur ein wehrloser alter Kasten war — an dieser gesetzlich festgelegten und durch Russland garantierten Wehrlosigkeit des Staates sollte fortan nichts geändert werden! Alle Versuche zu einer „Auktion" des Heeres sind denn auch durch politische Intriguen, die stets zur „Zerreissung" der Reichstage führten, unmöglich gemacht worden. Es zählte denn auch 1775 das Heer der Krone (Polen) und Litauens, denn beide „Armeen" blieben getrennt, zusammen 11000 Mann, während die Teilungsmächte ein Heer von 100000 Mann hatten in Polen einrücken lassen: es zählte vier Hetmane, von denen keiner Soldat, aber jeder politische Intriguant, Russenknecht, Landwirt im grossen und der verkörperte Eigendünkel war; die Teilungsmächte hatten daher leichtes Spiel. Langsam stieg die Heereszahl auf 18500 Mann bis zum Anbruch des Grossen Reichstags; der ökonomische Ruin des Landes, durch die vorausgegangenen Partisantenkämpfe veranlasst, die Unordnung der Finanzen und die Unfähigkeit der „Heereskommission" wie (seit 1776) des „Heeresdepartements des ständigen Rates" sowie die Intriguen der um die Prärogativen ihrer alten Macht allein besorgten Hetmane hatten diesen Tiefstand verursacht. Langsam hob sich dafür die Qualität des Offizierkorps, durch Uebertritt von Offizieren aus fremden Armeen, sowie durch die fruchtbare Wirksamkeit des seit 1765 errichteten Warschauer Kadettenkorps, einer Gründung des Königs unter Leitung von Adam Czartoryski (Vater), zumal als der weitere Verkauf von Offizierschargen 1783 eingestellt wurde; um eine Besserung der Organisation, die Einführung eines neuen Infanteriereglements hat sich ein Vertrauter des Königs, General Komarzewski (früherer preussischer Offizier), grosse Verdienste erworben, obwohl er keine leitende Stellung inne hatte.

Erst der Lange oder Grosse Reichstag nahm sich des Heerwesens energischer an, hob das „Heeresdepartement" auf, setzte ein wirkliches Kriegsministerium

(„Heereskommission beider Nationen“) ein, das freilich an Sachkenntnis und Energie, zumal bei seiner geringen Beamtenzahl viel zu wünschen übrig liess; auch war seine Kompetenz wie die des Königs, z. B. bei der Ernennung höherer Chargen, durch den Reichstag, der sich daran beteiligte, eingeschränkt. Wohl erhöhte der Reichstag die Zahl des stehenden Heeres auf 100000 Mann, aber die Finanznot liess nur einen Stand von 65000 (auf dem Papier) zu, fehlte es doch vor allem an Waffen, die im Auslande eingekauft werden mussten, da die inländischen Waffen- und Pulverfabriken sowie Geschützgiessereien versagten. 1791 zählte das Heer faktisch kaum 57000 Mann, welche Zahl im Angesicht des offen drohenden und bald auch erklärten Krieges im Sommer 1792 auf fast 70000 gebracht wurde. Dieses junge, ungeübte Heer bot trotz aller Mängel in Organisation und Ausrüstung doch schon gewisse Chancen eines Erfolges: mehrere aus fremden Diensten herübergenommene Generäle (Jozef Poniatowski, der Neffe des Königs, aus österreichischen; Tadeusz Kościuszko aus amerikanischen; später Jan Henryk Dąbrowski aus sächsischen; Fürst Ludwig von Württemberg) stachen von der Unfähigkeit der alten einheimischen Generäle vorteilhaft ab; die heillose frühere Unordnung wich der Kontrolle des Reichstages, der freilich unendlich viel Zeit bei Einzelfragen vertrödelte, und der fleissig arbeitenden Heereskommission. Namentlich Besoldung und Equipierung wickelten sich vorschriftsgemäss ab; die ersten 1791 abgehaltenen Manöver wiesen einen wesentlichen Fortschritt auf. Das Reglement war dem preussischen nachgemacht, zumal für die Kavallerie, zu ihrem wesentlichen Nachteil, da von einem Chargieren, wie es polnischen Traditionen und Temperament entsprach, abgesehen wurde, zumal die Lanze gegen den Karabiner ganz zurücktrat. Aber den Misserfolg in der russischen Kampagne von 1792 beschwor nicht so sehr die Minderzahl und mindere Qualität des jungen Heeres herauf, als vielmehr die Unfähigkeit der Führung; das

nominelle Oberkommando lag in den Händen des völlig rat- und planlosen Königs, der an nichts weniger als an Krieg dachte; völlig versagte weiter der nach Litauen kommandierende Fürst von Württemberg, der absichtlich untätig blieb und seine Truppen verstreut hielt, bis sein verräterisches Treiben erwiesen und er entlassen wurde — die neuen Befehlshaber Iudycki und Zabiełło konnten die absichtlich verfahrene Situation nicht mehr retten. Das kleine Kronsheer unter dem jungen, tapferen, ehrenvollen „Pepi“ (wie die Wiener den feschen Offizier nannten), der jedoch schlecht beraten und selbst für den hohen Beruf noch nicht genügend vorbereitet war, daher namentlich zu Anfang der Kampagne Fehler (in der Zerstreuung seiner Kräfte u. dergl.) beging, musste vor der vielfachen russischen Uebermacht sich zurückziehen; besonders zeichnete sich Kościuszko bei diesem Rückzug vor Dubienka durch die musterhafte Ordnung und Kaltblütigkeit seiner Führung aus; seine Division verlor dabei ein Fünftel ihres Bestandes, 900 fielen und nur 91 wurden gefangen genommen; er avancierte dafür zum Generalleutnant und wurde zum „französischen Ehrenbürger“ von dem Gesetzgebenden Körper ernannt. Aber an eine Fortführung des Krieges dachte keinen Augenblick der in steten Unterhandlungen mit den Russen befindliche König; er unterwarf sich den Befehlen der Kaiserin und der Krieg hörte von selbst auf, als die entrüsteten Generäle, Poniatowski, Kościuszko u. a. sowie hunderte von Offizieren um ihre Demission einreichten und niemand den Oberbefehl übernahm.

A. Brückner.

(Schluss folgt.)

Sienkiewicz, Bismarck und Theodor Fontane.

In der ersten April-Nummer der „Gegenwart“ 1895 hatte der Herausgeber das Ergebnis einer Umfrage über Bismarck bei verschiedenen internationalen Grössen veröffentlicht. Auch Sienkiewicz befand sich unter ihnen und seine Antwort mag a. O. nachgelesen werden. Aus naheliegenden Gründen können wir sie hier jetzt nicht wiederholen, aber welchen Eindruck sie auf das unbefangene Gemüt auch eines grossen Preussen gemacht hat, beweist das Urteil Theodor Fontanes. Auch der Verfasser von „Stechlin“ war von der Redaktion der „Gegenwart“ zu einer Meinungsäusserung aufgefordert worden; aus prinzipiellen Gründen lehnte er eine Beteiligung an der Umfrage ab; nachdem er aber die betreffende Nummer der „Gegenwart“ erhalten hatte, richtete er an den Herausgeber einen Brief, den wir mit Erlaubnis der Besitzerin, Frau Helene Meyer-Cohn, die als erste (unter dem Pseudonym Helena Majdańska) Sienkiewicz in die deutsche Literatur eingeführt hat, zum Abdruck bringen.

Wir glauben, dass das Urteil des grossen preussischen Dichters über die Wertschätzung Bismarcks seitens des grössten polnischen Romandichters in jeder Beziehung ein Dokument darstellt, aus dem der Politiker und Psychologe interessante Folgerungen zu ziehen vermag.

Die Schriftleitung.

Berlin, 6. April 95.
Potsdamerstr. 134. c.

Hochgeehrter Herr.

Sie haben mir durch die letzte Nummer Ihrer „Gegenwart“ eine **grosse** Freude gemacht. Wir Deutschen schliessen mit unsrer politischen Weisheit in Lob und Tadel gleich schwach ab; recht gut sind mir nur v. Egidy und Max Nordau erschienen. Auf der vorletzten Seite turkelt in unerträglichem Dunkel noch Einer umher und erweckt die ärgerliche Frage: wie kann der überhaupt noch frei umherlaufen.

Stanley interessant, Spencer richtig aber unverschämt; Sienkiewicz grossartig. Er schlägt alle anderen um 7 Pferdelängen. Ich habe so was von grossem

historischem Sinn (trotzdem er nur ein Romanschriftsteller ist), so was von Packen und Treffen überhaupt noch nicht erlebt und stelle es über alles, was ich in Essays und Charakterbildern unsrer englischen, französischen und deutschen Historiker gelesen habe. Mein Liebling Macaulay verblasst daneben. Ich fürchtete, dass zuletzt der **Pole** herauskommen und den wundervollen Eindruck wieder stören würde; — aber dieser Schmerz blieb mir erspart. Es hat mich ganz berauscht; auch Wahrheit, vielleicht weil sie so selten ist, kann einen berauschen wie Sauerstoff.

In vorzügl. Ergebenheit
Th. Fontane.

Stimmen deutscher Politiker.

Prof. Hans Delbrück ist ein Politiker, der mit Stolz und Genugtung auf seine Vergangenheit zurückblicken darf. In langen Jahren der Kämpfe und Vereinsamung hat er in der Polenfrage eine Stellung eingenommen, die gegenwärtig von den Besten, ja, von der Mehrheit der deutschen Nation als die einzig richtige anerkannt wird. Selbstverständlich wirkte Prof. Delbrück in erster Reihe als deutscher Patriot, aber er wusste, als Meister der Geschichts*wissenschaft*, nicht des Geschichtsfeuletonismus oder der Geschichtspublizistik, die strenge Forschungsmethode und die Analyse der treibenden Kräfte im Völkerleben auch in Bezug auf die Gegenwart anzuwenden; und als edler Mensch wusste er immer auch im politischen Kampf seinen ethischen Standpunkt zu wahren.

Nun hat die lebendige Geschichte seinen Behauptungen betreffs der Polenfrage Recht gegeben. Die Nachwelt und Polen werden es nicht vergessen; es ist aber erwünscht, dass mit desto grösserem Eifer auch unsere Zeitgenossen die weiteren Ausführungen Delbrücks, da sein Scharfblick sich bereits bewährt hat, studieren.

Im Dezember-Hefte der „Preussischen Jahrbücher" bespricht der geehrte Professor die letzten Phasen der Polenfrage; diesen hervorragenden Ausführungen sei folgendes entnommen:

„Geradezu als eine geniale politische Tat Herrn von Bethmann Hollwegs im Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn erscheint die Schöpfung des neuen Königreichs, wenn man nachprüft, in welche wahrhaft verzweifelte Verlegenheit sie unsere Gegner gebracht hat. Die Selbständigkeit Polens ist auf keine Weise wieder rückgängig zu machen. Es ist den Russen schlechterdings unmöglich, selbst wenn sie ihre Dampfwalze zum drittenmal heizen und sie bis an die Oder bringen sollten, Polen wieder zu einem blossen Weichsel-Gouvernement zu machen. Das könnten und würden die eigenen Verbündeten nicht zulassen. Käme es wieder unter die Krone des Zaren, für Russland wäre es auf jeden Fall verloren. Das gemeinsame Kriegsziel, von dem die feindlichen Staatsmänner im Osten und Westen noch immer sprechen, ist tatsächlich durch diesen Schachzug der deutschen Politik zerstört. Auf die Vorstellung der drei Botschafter der Westmächte, dass Russland durch Konzessionen die Polen auf seine Seite ziehen sollte, hat der Ministerpräsident Stürmer ihnen trocken erwidert, das gehöre zum Ressort des Ministeriums des Innern, d. h. es gehe die lieben Bundesgenossen nichts an, und von einem selbständigen Polen dürfe nicht die Rede sein. Dass Stürmer eben durch Trepow ersetzt ist, kann an diesen Verhältnissen nichts ändern.

„So gewaltig der Schlag ist, den wir mit der Polenproklamation geführt haben, so ist damit das polnische Problem freilich noch nicht gelöst. Wir geben uns keiner Illusion darüber hin, dass das Polentum unter allen Umständen ein sehr stachliger Gegenstand bleibt und wir die Frage gewiss nicht aufgeworfen hätten, wenn uns die Russen nicht dazu gezwungen hätten. Nachdem das aber einmal geschehen war, blieb keine

andere Lösung als die jetzt getroffene übrig, aus dem einfachen Grunde, weil jede andere rettungslos das gesamte Polentum in die Arme des Panslavismus getrieben hätte."

„Der polnischen Nation ist es durch den Gang der historischen Entwicklung nicht beschieden gewesen, ihr Volkstum in einem geographisch geschlossenen Gebiet abgerundet zu entwickeln. Gegen vier Millionen Polen wohnen in Preussen, verteilt auf vier preussische Provinzen und vermischt mit acht Millionen Deutschen. Keine Möglichkeit, diese Polen etwa aus dem deutschen Gebiet reinlich auszulösen, ja auch nur einen wesentlichen Teil davon geographisch als rein polnisch auszusondern. Das glatte Aufgehen des Volkstums in den Nationalstaat ist ja auch dem deutschen Volke nicht beschieden. Etwa ein Viertel des Deutschtums lebt ausserhalb des Deutschen Reiches, hat sich mit dieser Schickung abzufinden und darf sich damit trösten, dass das in mancher Beziehung dem Reichtum und der Mannigfaltigkeit unseres nationalen Daseins zugute kommt. Wie sehr hat man die habsburgische Dynastie lange Zeit beunruhigt mit dem Gedanken, dass ihre deutschen Untertanen Neigung haben könnten, zum Deutschen Reiche abzufallen! Systematisch riet deshalb der Erzherzog Albrecht, in Böhmen das Tschechentum zu pflegen. Wir wissen heute nur zu sehr, wie falsch diese Vorstellung, wie verderblich dieser Rat war. Sich nach dem Muster der Deutschösterreicher richtend, müssen auch die preussischen Polen es als ihre Aufgabe ergreifen, Polen ausserhalb des polnischen Reiches zu bleiben, und wir haben einen guten Bürgen dafür, dass diese Gesinnung sich schliesslich durchsetzen wird. Dieser Bürge ist der Russe. Schon im Jahre 1867 hat Bismarck zu Bluntschli gesagt, die Polen müssten sich ganz wie Ungarn, um Schutz vor Russland zu finden, an Deutschland anschliessen, und Aehnliches hat er 1887 zu Crispi gesagt. Tut sich eine irredentistische Richtung unter den preussischen Polen auf, die

den Anschluss an das Königreich erstreben möchte, so wird sie von dort ganz gewiss keine Ermunterung erfahren, sondern im Gegenteil: es wird ihr bedeutet werden, dass das der Weg sei, Polen wieder an Russland auszuliefern. „Denn ohne russische Hilfe wäre die Losreissung der preussischen Ostprovinzen von Deutschland nicht möglich, und die russische Hilfe bedeutet die russische Herrschaft. Auch unter den Deutschösterreichern hat es ja zeitweilig eine Richtung gegeben, die „Hoch Hohenzollern!“ rief, aber sie ist von den Reichsdeutschen immer mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen worden und an ihrer inneren sachlichen Unmöglichkeit eingegangen. Nicht anders wird auch der Gang der Dinge sich in unseren Ostmarken vollziehen. Das aktive Ideal des polnischen Nationalismus wird sich nicht nach Westen richten, sondern nach Osten auf die Gebiete, wo die Polen schon heute die soziale Herrenschicht bilden und die höhere Kultur repräsentieren. Dieser Drang der Polen nach Osten ist mit solcher Sicherheit vorauszusehen, dass die Garantien, die wir bei der Errichtung des neuen Staates zu fordern haben, viel weniger in der Richtung zu suchen sind, dass sie uns selbst gegen eine polnische Irredenta schützen, als vielmehr dahin, dass die Polen uns nicht in Konflikte mit Russland verwickeln können, die mit unseren eigenen nationalen Bedürfnissen nichts zu tun haben. Hier liegt sogar eine recht grosse Gefahr.“

„Fürst Bismarck hat zu wiederholten Malen, wenn man von einem russischen Kriege sprach, gesagt: es könne doch nicht die Sache Deutschlands sein, Russland zu bekriegen, um die Polen zu befreien. Diese Wahrheit besteht noch heute zu Recht. Nicht um die Polen zu befreien, haben wir diesen Krieg geführt, sondern wir führen ihn, um uns selbst und Europa vor der Moskowiterherrschaft zu bewahren, und um uns in Zukunft gegen die Wiederholung des russischen Angriffs zu sichern, lösen wir Polen von Russland los und

rufen ein selbständiges Königreich ins Leben, von dem wir sicher sind, dass die Natur der Dinge und der Selbsterhaltungstrieb ihm dauernde Bundesgenossenschaft und Freundschaft mit uns zur Pflicht macht. Allein durch Verträge, durch Beteuerungen oder irgendwie geartete reale Garantien ist ein dauerndes Zusammengehen des recht starken; neuen Polen nicht zu gewährleisten, sondern nur durch das klar erkannte polnische Interesse selbst. Die Aufgabe ist also, die Einsicht in dieses natürliche Interesse möglichst zu vertiefen und zu verbreiten und daraufhin auch in den Massen eine bundesbrüderliche Stimmung zu schaffen.

Das gegebene Organ für die Erfüllung dieser Aufgabe wären die deutschen Volksvertretungen gewesen. Wie sind sie ihr gerecht geworden? Die zukünftige deutsche Geschichtsschreibung, wie sie für alle Zeiten jubeln wird bei der Darstellung der Reichstagssitzung vom 4. August 1914, wird ihr Haupt zu verhüllen suchen, wenn sie an dies polnische Kapitel kommt. Der Reichstag musste nach Hause geschickt werden, ehe die Proklamation verkündet wurde, weil so wenig Gutes von ihm zu erwarten war. Das hat aber das preussische Abgeordnetenhaus nicht verhindert, dem neugeborenen deutschen Bundesgenossen den Spruch der bösen Fee in die Wiege zu legen." „Es ist ja richtig, dass nicht nur die Regierung, sondern auch die Parteien den Polen aufs bestimmteste in Aussicht gestellt und versprochen haben, die ostmärkischen Ausnahmegesetze nach dem Frieden einer wohlwollenden Neuprüfung zu unterziehen. Aber Versprechungen sind in den Augen der Massen blosse Vertröstungen. Ein wirklicher legislatorischer Akt hätte eine ganz andere Wirkung gehabt. Es ist ja möglich, sogar wahrscheinlich, dass die Erklärung des Redners der Polenfraktion darum nicht viel weniger kalt und zurückhaltend gelautet hätte. Aber man weiss ja, dass die Fraktion im Abgeordnetenhause besonders ungünstig zusammengesetzt ist, und es kommt jetzt darauf an, wenn nicht in ihr, so doch an den Wäh-

lermassen hinter ihr einen Umschwung der Stimmung herbeizuführen und zwar nicht erst nach dem Krieg, sondern während des Krieges, denn der Krieg wartet nicht.

„Die Zeit muss es bessern. Man mag sich damit trösten, dass nachdem nun 30 Jahre lang Deutsche und Polen zu einer falschen Stimmung gegen einander erzogen, in sie hineingehetzt und hineingepeitscht worden sind, es schwer war, den Umschwung so schnell herbeizuführen Ich erinnere mich ja noch sehr deutlich, wie schwer und langsam sich einst der Abbau des Kulturkampfes vollzogen hat. Man hat sich in einen konfessionellen Argwohn hineingelebt (auch ich habe zu den Mitschuldigen gehört), der zum Frieden nicht kommen konnte, weil er den Frieden nicht wollte. Schritt für Schritt ist man dann doch erst zu einem modus vivendi, wie Bismarck es ausdrückte und dann zu wirklicher Verträglichkeit gelangt. So widerwärtig die Sitzung im Abgeordnetenhause verlaufen ist, so sind doch schon einige polnische Pressstimmen da, die Besserung in Aussicht stellen. Auch der gegenwärtige Landtag hat ja bereits deutlich genug kundgetan, dass er die alte Ostmarkenpolitik einer Revision unterziehen wolle. Kommt die Revision erst in Gang, so wird man auch endlich die Augen dafür öffnen, dass Fürst Bismarck zwar zeitweilig höchst leidenschaftlich gegen das Polentum, doch den eigentlichen Ostmarkenkampf, so wie er geführt worden ist, nicht gewollt hat. Liest man seine intime Aeusserung zu Herrn von Kardorff über das erste Gesetz, vergegenwärtigt man sich, dass er noch nach seinem Abgang wiederholt von der ostmärkischen Bauernkolonisation abgeraten, erinnert man sich, dass er sogar von den preussischen Prinzen verlangt hat, dass sie polnisch lernen sollten (er hat nicht nur nach seinem eigenen Zeugnis mit Kaiser Friedrich, sondern auch mit dem Erzieher Dr. Hintzpeter darüber gesprochen), nimmt man dazu seine Aeusserungen zu Bluntschli und Crispi, so muss man zugeben, dass man

sich mit mehr Recht für als gegen die neue Politik auf ihn berufen kann. Damit das neue Königreich für uns ein vollwertiger Bundesgenosse werde, ist es unumgänglich, dass wir das Vertrauen der preussischen Polen gewinnen. Sie müssen die Sicherheit haben, dass sie auch in unserem Staatsverbande Polen bleiben dürfen. Man darf sie nicht als „Preussen polnischer Zunge" bezeichnen; mit Recht erklären sie diesen Ausdruck für beleidigend. Sie haben einen Anspruch, nicht nur in ihrer Sprache, sondern auch in ihrem ganzen nationalen Wesen anerkannt zu werden, politisch Preussen und dadurch auch Staatsbürger des Deutschen Reiches, national Polen. Was würden die Oesterreicher sagen, wenn man ihnen den Namen „Deutsche" aberkennen und sie nur als „deutschsprechende Oesterreicher" bezeichnen wollte? Jeder, der hilft diese Gesinnung der gegenseitigen Anerkennung der natürlichen Rechte und Pflichten aufzubauen, hilft dem Feldmarschall Hindenburg und führt unseren Soldaten Hilfstruppen zu."

Dr. Paul Rohrbach sprach am 27. November in München, auf Einladung der Fortschrittlichen Volkspartei, über die Frage der künftigen Stellung Polens zu Mitteleuropa. Dem Berichte der „Münchener Neuesten Nachrichten" entnehmen wir folgenden Ideengang:

Im Besitz der mitteleuropäisch-balkanisch-orientalischen Genossenschaft und vermöge deren günstiger geographischer Lage werden wir es getrost mit einer starken Kombination von Gegnern aufnehmen können, unter einer Voraussetzung, die — Polen heisst.

Auch wenn man nicht auf den moralpolitischen Standpunkt sich stellen wollte, dass ein Unrecht wieder gut gemacht werden solle, muss man vom realpolitischen Standpunkte aus, nachdem Russland jährlich um 3 Millionen Einwohner zunimmt, daran festhalten, dass Polen nicht zu Russland, sondern zu Mitteleuropa gehört. Das Erstarken des wirtschaftlichen Liberalismus in Russland, die Verschiebung der wirtschaftlichen

Entwicklung Russlands von der Mitte nach dem Süden, nach dem Schwarzen Meere zu, sind Gefahren, die wir erkennen müssen. In dieser Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts wurzelt die leidenschaftliche Hartnäckigkeit, mit der Russland die Dardanellen haben will, weil 72% der russischen Getreideausfuhr hier durchgeführt werden. Wenn wir die Russen nach dem Bosporus kommen lassen, dann geht unsere Verbindung mit dem Orient verloren. Damit wären wir rettungslos einem Kriege von 1950 preisgegeben.

Die Abgliederung Polens von Russland hat für Mitteleuropa grosse Bedeutung. Kongresspolen hat 10 bis 12 Millionen Einwohner, es hat die zweitreichsten Kohlen- und Eisenlager des russischen Reiches und es hat Ausdehnungsmöglichkeiten umfangreicher Art gegen Weissrussland zu. Wir werden allerdings gut daran tun, wenn wir uns eine innerlich anders orientierte Polenpolitik angewöhnen, als wir in den letzten 20 Jahren getrieben haben. Wir sollten uns abgewöhnen, dass wir anderen Völkern das zum Vorwurf machen, was wir uns selbst zur Ehre rechnen, ein starkes Nationalgefühl. Wir werden jedoch von ihnen das Opfer realpolitischer Einsicht verlangen dürfen, dass sie sich die Wiederherstellung ihres Vaterlandes in den möglichen Grenzen nicht dadurch verscherzen, dass sie unmögliche Forderungen stellen. Posen, Thorn und Danzig können nicht wieder polnische Städte werden.

Die Abgliederung Polens von Russland kann nur der Anfang sein. Wenn wir die Polen bei Mitteleuropa erhalten wollen, müssen wir eine Politik treiben, die es den Polen auch erwünscht erscheinen lässt, bei Mitteleuropa zu bleiben und nicht zu Russland zurückzukehren, eine Politik, die auch objektiv einen Keil zwischen Polen und Russland treibt. Die Polen sollen möglichst viel weissrussisches Gebiet kolonisieren und katholisieren. Das Königreich Polen soll auch möglichst frei und selbständig hingestellt werden. Das Fundament des polnischen Problems muss durch das Verständnis

gegeben sein, dass wir Polen brauchen, um Mitteleuropa zu formieren, dass wir Mitteleuropa brauchen in Verbindung mit dem Balkan und dem Orient, um in Zukunft ein lebensfähiges politisches Grossgebilde innerhalb der mitteleuropäischen Genossenschaft zu haben. Denn wir können die Zukunft nur wirksam verteidigen, wenn wir die russische Gefahr gründlich schwächen.

Im „Tag" vom 3. Dezbr. schreibt Mitglied des Herrenhauses, Herr **Dr. I. Reinke:**

Wir müssen nicht nur danach trachten, den Polen die Bundesgenossenschaft mit uns angenehm zu machen, durch Entgegenkommen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete, wichtiger noch ist es, mit allen Mitteln daran zu arbeiten, dass die zwischen Polen und Russland bestehende Kluft sich noch weiter vertiefe. Nur ein Beispiel sei hier genannt. Den Polen und damit der römisch-katholischen Kirche ist seinerzeit ein grosser Teil ihres Kirchenguts zugunsten der russisch-orthodoxen Kirchen genommen worden; sollte es da nicht an der Zeit sein, dies wieder gutzumachen? — Man wende nicht ein, dass wir nach dem Kriege wieder gute politische Beziehungen zu Russland anknüpfen versuchen werden; Russland schloss mit Japan wenige Jahre nach dem unglücklichen Kriege, durch den es vom warmen Meere abgedrängt wurde, ein enges politisches Bündnis. Russland weiss auch, dass, wenn wir nicht jetzt die Selbständigkeit Polens herbeigeführt hätten, dies von anderer Seite geschehen würde, die ihm vielleicht noch weniger angenehm wäre. Die Wut der englischen und französischen Presse über unser Vorgehen in Polen scheint dafür zu sprechen, wie sie andrerseits auch als Bestätigung der Zweckmässigkeit unseres Handelns angesehen werden darf.

Zwischen der nationalen Entwicklung Polens und derjenigen Deutschlands zeigen sich einige Analogien. Wie es bis zum Jahre 1866 Grossdeutsche und Kleindeutsche gab, in diesem Jahre aber die Würfel des

Krieges zugunsten eines Kleindeutschland entschieden, indem für die Länder der österreichischen Krone kein Platz war, so ist jetzt ein Kleinpolen ins Leben gerufen, unter endgültigem Ausschluss der in Oesterreich und in Deutschland sitzenden Polen. Damit hat die grosspolnische Propaganda sich abzufinden, falls sie nicht dem Besten der eigenen Nationalität entgegenwirken will. Die grosspolnischen Aspirationen erstreckten sich nicht nur auf Wilna, sondern namentlich auf die preussischen Provinzen Posen und Westpreussen mit ihrer so zahlreichen deutschen Bevölkerung; in Bezug auf Danzig wurde polnischerseits bis vor kurzem erklärt, dass es polnisch werden müsse. Derartige Wünsche sind von den Polen selbstverständlich fallen zu lassen. Gewiss soll Danzig nach unsern Absichten für das polnische Hinterland nicht nur eine ähnliche Stellung gewinnen, wie vor dem Kriege sie Antwerpen zu Rheinland und Westfalen besass, sondern ich meinerseits zweifle nicht daran, dass die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und dem künftigen Königreich Polen so enge gestaltet werden kann, dass in den Handelsbeziehungen Danzig als polnischer Hafenplatz gelten darf.

Der sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete **Dr. Ludwig Quessel** bespricht in der „Glocke" (Nr. 36) vom Standpunkte der sozialdemokratischen Parteimehrheit das Thema „Wir und das neue Polen", u. z. unter dem Gesichtspunkt der Friedensmöglichkeit mit Russland.

„Wenn nun auch — schreibt Dr. Quessel — die Schaffung eines selbständigen polnischen Staates durch die Mittelmächte von allen Parteien als unwiderrufliche Tatsache hingenommen werden muss, so sind doch durch die Manifeste der Mittelmächte die Dinge keineswegs soweit geregelt, dass Polens Auferstehung nun schon in allen Einzelheiten festgelegt worden wäre. Im Gegenteil. Schon der Kriegszustand zwingt (? die

Schriftl. der „Poln. Bl.“) dazu, das neue polnische Staatsgebäude nur im Rohbau auszuführen und den inneren Ausbau für die Zukunft aufzusparen. Viel bleibt noch zu tun, so dass es keineswegs unnütz erscheint, wenn auch die einzelnen Parteien über die Frage, wie sie sich die Wiederherstellung Polens wünschen, ihre Meinung der Regierung kundtun, von der man wohl annehmen kann, dass ihr sachliche Meinungsäusserungen über diesen Gegenstand nicht unwillkommen sein werden.“

Den Anschauungen der Sozialdemokratie entspricht die Wiederherstellung Polens besser als die Aufteilung. Dabei wird die Partei besonders von der Erwägung geleitet, dass der jetzt beschrittene Weg deshalb vorzuziehen ist, weil der territoriale Verlust Russlands keinen territorialen Gewinn der Mittelmächte bedeutet und deshalb von Russland leichter verwunden werden kann, als eine Aufteilung der russisch-polnischen Gebiete zwischen Oesterreich und Preussen.

Dr. Quessel weiss es aus eigener Wahrnehmung, dass die Polen in ihrem staatlichen, religiösen und kulturellen Empfinden sich von den Russen gründlich unterscheiden, nur glaubt er behaupten zu müssen, dass sie in Bezug auf Sprache und nationales Temperament auch viel verwandschaftliche Züge mit dem Russentum aufweisen. Unserer Meinung nach ist diese Behauptung unrichtig: ein westgalizischer Pole versteht kein Wort russisch und es gibt keinen grösseren Rassenunterschied als zwischen einem polnischen Bauern und einem grossrussischen. Auch starke wirtschaftliche Verknüpfungen sieht der Verfasser zwischen Polen und Russland, aber die Absatzschwierigkeiten werden keineswegs unüberwindlich sein.

„Die Dinge liegen also nicht so, dass Polen, wenn es seine Aussenpolitik frei bestimmen kann, Anlehnung an Russland suchen müsste. Die Gefahren, die seiner staatlichen Existenz von dort her drohen, sind zu gross, als dass das wirtschaftliche Interesse dagegen auf-

kommen könnte. Abgesehen vom Wirtschaftlichen, weisen aber alle anderen Faktoren, wie Staatssicherheit, Religion und Kultur die Polen auf Mitteleuropa hin. Uebrigens bedeutet eine westliche Orientierung der polnischen Aussenpolitik noch keineswegs, dass Polen nach dem Kriege unbedingt ein Feind Russlands sein müsste. Diese Folge würde der Anschluss Polens an die Mittelmächte nur dann haben, wenn letztere unbedingt in dauernder, unversöhnlicher Feindschaft zu Russland verharren müssten. Davon kann aber schlechterdings nicht die Rede sein. Fragen wir nämlich, ob Russlands Aufstieg zum Weltreich in den letzten 100 Jahren sich etwa durch Eroberungen auf Kosten Mitteleuropas vollzogen hat, so kann die Antwort darauf nur nein lauten. Russland ist zum Weltreich geworden durch die innere Kolonisation der südrussischen Steppe (Ukraine) und durch Ausweitung seiner kolonialen Machtsphäre in Mittel- und Ostasien. Das ist auch der Grund, weshalb Russland und Deutschland über 100 Jahre im Frieden leben konnten. Nicht auf russischer Erde, auch nicht im fernen Osten stossen russische und mitteleuropäische Interessen zusammen, sondern einzig und allein am Goldenen Horn.“

„Sieht man aber von der Türkei ab, so kreuzen sich die russischen und deutschen Interessen nirgends mehr auf dem weiten Erdenrund. Sich gegen die russische Eroberungspolitik in Mittel- und Ostasien zu wenden, ist nicht unsere, sondern Englands Sache, ebenso wenig Grund aber haben wir, scheel auf die innere Kolonisation in Russland zu blicken. Diese aber in Verbindung mit der kolonialen Expansion im fernen Osten war es, die Russland zum Weltreich gemacht hat. Deutschland ist aber an der Aufrechterhaltung des russischen Weltreichs im gewissen Sinne sogar interessiert; es muss uns als Gegengewicht gegen das britische Weltreich dienen, dem ohne weiteres die Weltherrschaft in die Hände fallen müsste, wenn es nicht mehr mit Russland in Asien zu rechnen hätte. Alle politische Kunst und

alle diplomatische Weissheit sollte deshalb dem Zweck dienen, zu verhindern, dass die Wiederherstellung Polens sich in einer Weise vollzieht, die eine dauernde Entzweiung zwischen Deutschland und Russland herbeiführen würde."

Wie ein Staat gemacht wird.

Warschau, den 7. Dezember 1916.

Land — selbstbewusstes Volk — eigene Regierung — eigene Armee: das sind die staatsbildenden Faktoren der Neuzeit; das Fehlen eines dieser Faktoren kann nur eine lebensunfähige Missgeburt zur Welt bringen. Wir haben es in der letzten Zeit erlebt, dass man ein Volk ohne historische Ueberlieferungen und Selbstbewusstsein zum Staate machen wollte — ein Fiasko krönte dies Werk; auch ein ähnliches zweites Volk wurde mancherseits zum staatlichen Experimentieren empfohlen — das Leben hat uns nun diese Sysyphusarbeit erspart. Kraft der ihr immanenten Beweggründe hat sich dagegen die Polenfrage an die Spitze der europäischen Angelegenheiten gestellt und es zeigt sich, dass wir die wichtigsten staatsbildenden Elemente bereits total, oder mindestens in nuce besitzen.

Land — Volk — staatliche Ueberlieferung — diese Faktoren sind bei uns lebendig, wie bei allen modernen Nationen. Am zweifelhaftesten war die Haltung der Bauern; eine Antwort bot die grosse Bauernversammlung vom 26. November im hiesigen Philharmonie-Saal. Vier bis fünftausend Leute aus beiden Okkupations-Gebieten waren versammelt; politische Gegner des Einberufers haben am Anfang die Beratungen zu stören beabsichtigt, sie wurden aber entfernt und die Bauern selber rissen die Leitung in ihre Hände. Es war eine Freude zuzuhören, wie ernst, wie reif und klug die bäuerlichen Redner das Wort geführt haben; „wir wollen kein Polen der Herren, aber auch kein bäuerliches, sondern ein nationales Polen" — formulierte die allgemeine Stimmung ein alter Bauer. Ein siebzigjähriger Mann erzählte, dass sein Grossvater im Jahre 1831 im Aufstande gefallen, er selber im Jahre 1863 gekämpft habe. Als ein Redner die Frage stellte, ob die Versammelten die Rückkehr Russlands wünschen, antwortete ihm ein Donner der Entrüstung. In entschiedener Form verlangten sämtliche Bauernredner Eintracht. — Aber wer soll regieren? „Derjenige, der dazu Verstand hat." — „Wir wollen einen König — führte ein anderer aus — ein König schützt und verleiht Gnade, auf seinen Befehl gehen wir alle ins Feuer." Die Königsidee gehört zu den Lieblingsideen der Bauern, und besonders diejenigen aus dem Lubliner Lande (gegen 1000 kamen aus dieser

Gegend) sprachen sich in obigem Sinne sehr bestimmt aus. Es unterliegt auch keinem Zweifel, dass ein polnischer König im Stande wäre Hunderttausende Bauern mit Leichtigkeit für unsere Armee zu gewinnen. Die von dieser Versammlung gefasste Entschliessung lautet:

Indem wir uns auf die Grundlage des Aktes vom 5. November stellen, verlangen wir die Schaffung einer Nationalregierung in Gestalt eines provisorischen Staatsrates, welcher aus allen Schichten der Gesellschaft berufen werden soll. — Nur durch eine polnische Regierung kann eine polnische Armee ins Leben berufen werden. — Wir fordern die schleunige Aufhebung der Okkupationsgrenze. (Ferner folgten Resolutionen betreffs unserer traurigen ökonomischen Lage.)

Eine Deputation dieser Versammlung wurde auch vom Herrn General-Gouverneur v. Beseler empfangen, und man kann sich vorstellen, wie gewaltig der Eindruck war, als der weltberühmte Festungsbezwinger die Leute mit einem „Laudetur“ in polnischer Sprache begrüsste.

Auch das radikale Nationale Zentral-Komitee hat mehrere Bauernversammlungen einberufen. Zwei in Łuków, eine in Marzenin (3000 Anwesende), in Kałuszyn, Bętków, Siedlce (5000 Anwesende) und jüngst in Stoczek. Ueberall wurden folgende Entschliessungen gefasst: „Freudig begrüssen wir die von den Zentralmächten bekanntgegebene Verkündigung über die Wiedererweckung des polnischen Staates. Nach Freiheit verlangend, wollen wir, dass man die Fesseln an unseren Händen schnell löse, damit das ganze Volk zur Arbeit bei der Wiederherstellung des eigenen Staates und zum Kampf um unser eigenes Dasein sich stellen könne.“ Hier folgen detailierte Wünsche betreffs Einberufung einer Nationalregierung — eines konstituierenden Landtags — und einer Armee unter Führung Piłsudskis.

Die Frage der Armee ist für uns alle die wichtigste. Was für Verständnis für sie herrscht, beweist der Empfang, den Warschau am 1. Dezember den einmarschierenden Legionenabteilungen bereitet hat.

Vor einem Jahre war es, als Warschau zum ersten Mal Gelegenheit hatte, den Legionen Ehren zu erweisen; es war bei einem Leichenbegräbniss eines Legionenoffiziers. Die schmucke feldgraue Tracht eines polnischen Infanteristen oder die malerische Uniform — nach dem Vorbilde derjenigen vom Jahre 1831 — eines Ulanen, ist seither unserer Stadt wohlbekannt; aber zum ersten Mal sahen wir nun unsere Soldaten in grösserer Zahl, in voller Feldrüstung. Das zweite Ulanenregiment, das die Helden von Rokitno hervorgebracht hat, die „eiserne“ Karpathenbrigade, das bereits historische (an das Jahr 1831 und das Lied von Mosen erinnernde) vierte Regiment waren es, die einen wahren Triumpheinzug in unsere Stadt hielten. Triumphbogen und Deputationen, Frauen mit Brod und Salz und eine

begeisterte Rede des Rektors Brudzinski, brausende Hochrufe und ein Regen von Blumen, soldatische Ansprachen von Exzellenz Beseler, Gouverneur v. Etzdorf und dem Legionen-Kommandanten Graf Szeptycki, der nicht enden wollende Jubel und die Freudenstränen der Bevölkerung — das alles bildete eine Stimmung, die vielleicht noch ergreifender war, als die zu plötzlich herangetretene vom 5. November.

Die Legionen sind Helden der Woche. Jeden Tag finden zu ihren Ehren Empfänge, Feierlichkeiten, Vorstellungen, Festessen usw. statt. Sie sollen nicht nur den jungen Kämpfern die Dankbarkeit und Bewunderung Warschaus für ihre Mühe und Tapferkeit bezeugen: sie bilden auch einen Beweis unseres Willens zum Siege mit Hilfe einer polnischen Armee.

Die praktische Lösung der Armeefrage stösst freilich auf manche Schwierigkeit — das ist in der neuen Lage, in der wir alle uns befinden und lernen müssen — begreiflich; die Hindernisse sind aber politisch-administrativer Natur und diese können und werden beseitigt werden. Das bürgt uns einerseits der bewährte gute Wille und das Verständnis für unsere Zustände seitens Exzellenz v. Beselers und Exzellenz Kuk; andererseits die Tatsache, dass durch die Schaffung eines Nationalrates wir ein Organ besitzen, das berufen ist im Namen sämtlicher organisierten auf Basis der Proklamation vom 5. November stehenden Gruppen zu verhandeln.

Die provisorische Executive des Nationalrates hat am 29. November folgende Resolutionen gefasst:

„I. Die Executive des Nationalrates steht auf der Grundlage der Verwirklichung des Aktes vom 5. November und hält diese Verwirklichung nur unter Mitwirkung der polnischen Gesellschaft für möglich, da sonst der Aufbau des polnischen Staates nicht zu stande kommen kann. Infolgedessen erachtet die Executive des Nationalrates als erste und besondere Aufgabe des provisorischen Staatsrates die Organisierung einer Nationalvertretung, die eine polnische Verwaltung ins Leben rufen wird;

II. Die Executive verharrt unverbrüchlich auf ihrem Standpunkte, dass nach der Verkündigung des Aktes vom 5. November im Verhältnisse der Okkupationsbehörden zu der polnischen Gesellschaft eine grundsätzliche Veränderung eintreten muss u. z. hinsichtlich der Behandlung des polnischen Volkes, das nicht mehr als Bevölkerung eines dem Feinde entrissenen Territoriums, sondern als eine zum selbständigen Staatsleben berufene Nation angesehen werden muss;

III. Bezüglich der Armeebildung verbleibt die Executive des Nationalrates unveränderlich dabei, dass diese Angelegenheit mit den anderen Gebieten des Staatslebens gelöst werden kann und dass nur eine polnische Staatsgewalt das Recht hat, die Bevölkerung zum Einrücken in die Reihen des polnischen Heeres aufzufordern.“

Ein wesentlicher Teil dieser Entschliessungen ist bereits erfüllt worden. Der von den Okkupationsmächten neugeschaffene Staatsrat bedeutet einen realen Fortschritt auf dem Wege des Aufbaues unseres Staates und bildet eine Basis zum Zusammenarbeiten mit den Befreiern.

Der Wortlaut der neuen Verordnung ist aus den Tagesblättern bekannt. Hier die wichtigsten Bestimmungen:

§ 7.

Der Staatsrat hat in allen Fragen der Gesetzgebung, in denen die beiden Verwaltungen gemeinsam oder einzeln an ihn herantreten, sein Gutachten abzugeben.

Er ist berufen an der Schaffung weiterer staatlicher Einrichtungen im Königreich Polen mitzuwirken.

Zu diesem Zweck hat der Staatsrat

a) die Entwürfe der Verordnungen auszuarbeiten, durch welche die gemeinsame Vertretung der von dem Deutschen Reiche und von der österreichisch-ungarischen Monarchie verwalteten Teile des Königreichs Polen geregelt wird;

b) die Einrichtung einer polnischen Staatsverwaltung vorzubereiten.

Ausserdem hat der Staatsrat

1. Initiativanträge und Anregungen in Landesangelegenheiten vorzubringen.

2. An der Bildung der polnischen Armee mit dem hiermit betrauten höchsten, militärischen Befehlshaber der verbündeten Mächte mitzuwirken.

3. Beschlüsse über die Behebung der Kriegsschäden und über die wirtschaftliche Belebung des Landes zu fassen und die hierzu erforderlichen Mittel aus den von den beiderseitigen Verwaltungen zur Verfügung gestellten Krediten anzuweisen oder durch Zuschlag zu den direkten Steuern oder durch Aufnahme von Anleihen aufzubringen.

* * *

Es unterliegt also keinem Zweifel, dass der Staatsrat manche Atributionen einer Regierung besitzt und zur Erfüllung von historischen Aufgaben, zur Uebernahme der grössten Verantwortung vor Gott und der Geschichte berufen ist.

Nun ist die Zeit des Zauderns und Wartens vorüber. Wir erwarten mit der grössten Ungeduld die Ernennung unterer Staatsräte, über deren Liste Verhandlungen mit dem Nationalrate im Gange sind, um zur allseitigen Arbeit, besonders aber zur Lösung der Heeresfrage zu schreiten.

Varsoviensis.

Königreich Polens Zollfragen.

Von **Eugen Löwinger**, Charlottenburg.

Das neue polnische Zollgebiet steht vor einer ganzen Reihe von Problemen, die zu lösen nicht so ganz einfach sein wird, weil allerlei Fragen, auch internationaler Natur, in diesen Fragenkreis hineinspielen und weil die Bestimmungen des Friedensinstrumentes überhaupt von einschneidender Bedeutung für den ganzen Komplex von Zollfragen sein müssen.

Das wirtschaftliche Polen wird auf die weitgehendste Unterstützung der Zentralmächte angewiesen sein Rohmaterialien und Industrieerzeugnisse aller Art werden vorerst nach Polen eingeführt werden müssen. Es ist klar, dass für diese Waren die Zollverhältnisse so geschaffen sein müssen, dass die eventuelle Zollbelastung gering sei.

Die mit dieser Frage im Zusammenhang stehenden Vereinbarungen werden selbstverständlich nicht nur von den Zentralmächten untereinander erst zu prüfen sein, sondern es werden auch die übrigen europäischen und aussereuropäischen Staaten mitzusprechen haben, die von den polnischen Zollsätzen ihre Stellungnahme abhängig machen, soforn es sich. in der umgekehrten Verkehrsrichtung, um die Einführung von polnischen Produkten in auswärtige Ländergebiete handelt. Das polnische Königreich wird ferner sich dafür einzusetzen haben, dass die im Lande hervorgebrachten Erzeugnisse, soweit sie exportfähig sind, ohne zu starke Zollbelastung von Seiten jener Staaten, ausgeführt werden können, die als Käufer auftreten. Man wird dabei als Absatzgebiet nicht nur an das „Ausland“ überhaupt zu denken haben, sondern nach den bisherigen Erfahrungen, wird man dessen sicher sein können, dass auch Russland als Abnehmerstaat in Frage kommt, sofern es dieser Staat nicht beabsichtigen sollte, durch eine Zollbariere jeden wirtschaftlichen Verkehr mit dem Königreich Polen unmöglich zu machen. Es wird

dann den mitteleuropäischen Friedensunterhändlern die Aufgabe gestellt sein, bei den wirtschaftlichen Vereinbarungen mit Russland, Bestimmungen durchzudrücken, die ein „gegnerisches“ Verhalten Russlands gegenüber den Zentralmächten und dem Königreich Polen hintenanhalten. Es wird ja auch in Russland ein wesentliches Interesse dafür bestehen, gewisse Bedarfsartikel den polnischen Absatzmärkten zu liefern. Wenn auch diese Warenbewegung viel kleiner ist als jene in umgekehrter Richtung, so ist doch immerhin die Möglichkeit gegeben, durch eine entsprechende Haltung gegenseitig Zollkonzessionen zu erreichen. Vor dem Kriege war das polnische Gebiet Russlands mit der Hauptstadt Warschau ein Zentralpunkt für grosse Lieferungsgeschäfte nach Russland, weil in Warschau der Hauptmarkt für europäische Industrieprodukte bestand. Es ist die Warschauer Kaufmannschaft, welche in einer ganzen Reihe von Warengattungen die russischen Märkte beherrschte. Wenn in den Zollfragen zufriedenstellende Abmachungen getroffen werden können, so ist nicht einzusehen, weshalb diese herrschende Stellung Warschaus nicht auch nach dem Kriege bestehen bleiben könnte.

Als Transi-land wird das Königreich Polen für Russand von besonderer Wichtigkeit sein, gleichgültig, ob es sich um mitteleuropäische Produkte handelt, die auf dem Bahnwege nach Russland gehen sollen, oder ob es sich um russische Erzeugnisse dreht, die durch Polen nach Deutschland, Oesterreich oder noch weiter westwärts zur Versendung gelangen. Es wird für die russische Kaufmannschaft bedeutsam sein, die polnischen wirtschaftlichen Zentren nach wie vor besuchen zu können. In Warschau und Łódź waren vor dem Kriege ständig grosse Musterausstellungen der europäischen Industrienationen untergebracht und russische Kaufleute, welche aus welchen Gründen immer, nicht ins Ausland gehen wollten, konnten dort Neuheiten sehen, ihre Bestellungen, ihre Einkäufe besor-

gen. Behauptet man ja doch, dass Warschau eine Art Filiale der Leipziger Messe dargestellt hat.

Es geht gewiss nicht an, dass wirtschaftliche Probleme, das durch die Proklamierung des Königreichs Polens gegeben ist, nur vom einseitigen Gesichtspunkte der Zollgesetzgebung aus zu betrachten. Aber bei der radikalen politischen Umgestaltung, die das polnische Ländergebiet durchmachen wird, wird die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des polnischen Staates sehr viel von der Lösungsart der Zollfragen abhängen. Und es wird deshalb gewise als nicht unangebracht bezeichnet werden können, wenn man schon jetzt die Aufmerksamkeit derer auf das Zollproblem leitet, die seiner Zeit berufen sein werden, beratend und beschliessend auf die verschiedenen Zollabmachungen einzuwirken, welch' letztere bei Friedensschluss, auch mit Bezug auf das Königreich Polen, zur Erledigung gelangen müssen. Vielleicht ist es sogar denkbar, dass bereits *jetzt* Material gesammelt wird, das den Beratungen zugrunde zu legen wäre. Denn die *jetzt* auftauchenden Fragen sind gewiss *bisher* von *keiner* (? d. Schriftl.) Seite ins Auge gefasst worden und stellen sich unseren Volkswirtschaftlern und Diplomaten als ein ganz neuer Fragenkreis dar.

Pressestimmen.

Polnische Presse.

Polnische Irredenta?

Die in Posen erscheinende „Gazeta Narodowa“ schreibt: Die rechtsstehende deutsche Presse hat schon die Befürchtung ausgesprochen, dass das neue Königreich Polen keinen guten Einfluss auf den inneren Frieden in den preussischen östlichen Provinzen ausüben dürfte. Jetzt kommt noch der zweite Verdacht hinzu, dass eine polnische Irredenta vorhanden ist, d. h. das Verlangen nach Losreissung der östlichen preussischen Provinzen. Dieser Verdacht macht sich durch einen Druck auf die Regierung bemerkbar, damit sie um Gotteswillen den Polen kein Vertrauen schenke und ihnen keine Zugeständnisse mache.

Trotzdem haben wir Vertrauen zu den ehrlichen Absichten der Regierung, aber die Form der Agitation, die sich auf die Phrase von der polnischen Irredenta stützt, kann uns nicht gleichgültig sein. Mögen die, welche von der irredentistischen Agitation immer sprechen, eingedenk sein, dass eine solche im Lande selbst nicht wächst, sondern dass eine solche Agitation in das Land hinein über die Grenze getragen werden muss. Der irredentistische Gedanke stützt sich auf die Voraussetzung, dass das Mutterland mit Waffengewalt die ausserhalb seiner Grenzen lebenden Stammesgenossen mit sich vereinigen muss. Auf unsere polnischen Verhältnisse übertragen müsste die irredentistische Agitation also in den Polen, welche ausserhalb des neuen Königreichs Polen wohnen, die Hoffnung erwecken, dass sie früher oder später vom Königreich Polen annektiert werden könnten. Ohne dieses liesse sich eine polnische Irredenta logischerweise nicht denken und wäre auch nicht möglich, zu begründen.

Die, welche trotzdem von ihr sprechen, vergessen, dass der deutsche Kaiser und König von Preussen der Erneuerer und Bürge des Königreichs Polen ist. Auf dieses Bündnis und auf das Bündnis mit Oesterreich stützt sich die Zukunft Polens. Ohne dieses Bündnis würde Polen unter die absolute Macht Russlands fallen. Und was das zu bedeuten hätte, darüber braucht sich von uns niemand den Kopf zu zerbrechen. Und wer das nicht wissen sollte, der braucht ja nur auf die unerträglichen Verhältnisse zurüchzublicken, unter denen bis zum Ausbruch des Krieges die Bevölkerung Russisch-Polens lebte. Diese Bevölkerung hat sich heute gegen Russland erklärt und hat die schwere Arbeit des Wiederaufbaus der eigenen Unabhängigkeit auf sich genommen anstatt der scheinbaren Autonomie, die ihr die Russen geben wollten. Und jetzt, nachdem die Brücken nach Petersburg abgebrochen, müssen sie um diejenigen sich kümmern, die nach Berlin führen, und deswegen wird man nicht mit einer preussenfeindlichen Agitation an der Westgrenze des neuen Polens beginnen.

Eine polnische Irredenta ist also objektiv unmöglich, und muss man sich nur wundern, dass sie immer noch in den Spalten verschiedener deutscher Zeitungen auftaucht. Wir protestieren hierdurch gegen die neue Art der gegen uns geschleuderten Verdächtigungen, auch aus dem Grunde, weil unsere polnische Gesellschaft in Preussen, wie wir dies schon zum so und so vielten Male betont haben, ihre Pflichten gegenüber dem Staate erfüllt. Aber, wie man sieht, werden wir noch nicht baldigst auf volle Anerkennung zu rechnen haben. Nicht die Taten schaden uns, sondern die Worte. Eine Reform der Worte und Erklärungen ist aber leichter, als eine Reform der Taten wäre, wenn man uns etwas wirklich von Bedeutung vorwerfen könnte.

NOTIZEN.

Erzherzog Karl Stephan als Regent Polens in Aussicht genommen? Wie die „Neue politische Correspondenz“ mitteilt, ist Erzherzog Karl Stephan von Oesterreich als Regent des Königreichs Polen in Aussicht genommen. Er ist im Jahre 1860 geboren, würde also im 56. Lebensjahre stehen. Man darf natürlich daraus folgern, dass er später die Krone des jungen Königreichs tragen werde. Der Staatsrat werde voraussichtlich noch vor Weihnachten berufen, und zwar aus Persönlichkeiten des ganzen Bezirks des Generalgouvernements (soll heissen: aus beiden Okkupationsgebieten. D. Schriftl. d. Poln. Bl.). Kommissar zum Staatsrat solle von deutscher Seite der bayerische Oberregierungsrat Graf Lerchenfeld, sein Vertreter wahrscheinlich der Landschaftsrat v. Żychliński werden. (Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht liegt nicht vor. D. Schriftl.)

Zum Tode Henryk Sienkiewicz's. Bei der Leichenfeier des verstorbenen polnischen Dichters Henryk Sienkiewicz hielt Pater Gralewski, einer der besten polnischen Kanzelredner, eine zündende Rede, an deren Schluss er auf den bedauerlichen Umstand hinwies, dass die Proklamation der Unabhängigkeit Polens nicht bei allen Polen die gebührende Freude geweckt habe. Diese Bemerkung hat auf die anwesenden Unterzeichner des Protestes (Piltz, Plater, Perłowski) einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht.

Sienkiewicz hatte gegen die Unterzeichnung des Protestes mit seiner ganzen Autorität gearbeitet. Eines abends sprachen bei ihm Graf Moritz Zamoyski, Graf Andreas Plater mit dem Text des Protestes vor, um ihn zum Unterschreiben desselben zu bewegen. Sienkiewicz wies dieses Ansinnen energisch zurück, indem er sagte, dass ein solcher Protest unklug und inopportun sei. Er glaubte schliesslich seine Besucher überzeugt zu haben und ersuchte sie, ihm als Erinnerung für sein Tagebuch, das er regelmässig führte, den Protest zurückzulassen, was auch geschah.

Als Sienkiewicz am nächsten Tage aus den Zeitungen ersah, dass die Publikation des Protestes trotzdem erfolgt sei, äusserte er sich entrüstet über diesen Vertrauensbruch. Die letzten Worte, die er in sein Tagebuch eintrug lauten: „*Ich bin so empört, dass die Feder meiner Hand entfällt und ich nicht weiter schreiben kann.*“

Unter den polnischen Trauergästen wurde, als dies bekannt ward, vielfach gegen die Protestler die Beschuldigung erhoben, dass die mit diesem Zwischenfall verbundene Aufregung den Tod des Dichters beschleunigt habe.

Ueber Polen sprach in der Vortragsreihe „Unsere Feinde und die unterdrückten Völker“ am 2. Dezember im grossen Beethoven-Saal Berlin der Herausgeber der „Polnischen Blätter“. Die ersten

Vorträge hielten: Dr. Chatterton Hill über Irland (mit Einleitung des Prof. Eduard Meyer), Herr Kaundyna über Indien (Einleitung: Georg Bernhard), Prof. Oehquist über Finnland (Einleitung: Dr. Paul Rohrbach). Herr Feldman erörterte besonders das Wesen des polnischen Patriotismus und dessen Abspiegelung in der polnischen Literatur. Der Abend wurde eingeleitet durch Exzellenz Prof. v. Wilamowitz-Möllendorf. Der grosse Gelehrte, selbst in der Provinz Posen geboren, fand begeisterte Anerkennungsworte für das polnische Geisteswesen und drückte seinen Glauben an die polnisch-deutsche Annäherung und die Verwandtschaft der Kultur beider Völker aus. Das Publikum brachte dem greisen, aber mit jugendlichem Feuer sprechenden Redner eine warme Ovation dar.

Die Befreiung Polens beginnt allmählich auch in den Stimmungen des Volkslebens einen Platz zu finden. Dafür war Zeugnis ein Familienabend im Berliner Stadtmissionhause, der unter der Losung „Neues Werden in Herz und Welt“ im ersten Teile eine Advendsfeier („Neues Werden im Herzen“) brachte und im zweiten Teile dem neuen Königreiche Polen („Neues Werden in der Welt“) gewidmet war. Bei der Beliebtheit dieser Abende wunderte es nicht, dass schon lange vorher in dem Saale kein Plätzchen mehr zu haben war. Zur Einleitung sang die Versammlung „Noch ist Polen nicht verloren“, freilich nach der Weise „Deutschland, Deutschland über alles“ und nach neuen Worten von H. Hansen, beginnend: „Noch ist Polen nicht verloren, — Nein es ist aufs neu erwacht, Und es gürtet seine Lenden — Mit dem Schwert zur Freiheistschlacht; — Oesterreich, Deutschland stehn verbündet wider Russlands Tyrannei, — Ausgetilgt wird altes Unrecht: — Polen wird nun wieder frei!“ ... Pastor Schwartzkopff schilderte in einer längeren Darstellung, der alle Hörer aufmerksam folgten, Polen in Geschichte nnd Gegenwart, bis hin zum Empfange der polnischen Legion durch General v. Beseler. Einige Damen gaben dann Proben polnischer Musik — und zwar Chopinscher Lieder — und polnischer Dichtung, besonders der Volksdichtung. Alles fand freundlichste Aufnahme. Es war dies der erste öffentliche derartige Volksabend in Berlin, der die Wiederaufrichtung des Königreichs Polen durch die Deutschen und Oesterreicher in den Mittelpunkt seiner Darbietungen gestellt hatte.

Der 29. November in Wilno. Das Andenken des Ausbruches der Revolution gegen Russland wurde am 29. November in ganz Polen gefeiert, aber auch in der Hauptstadt Litauens. Der in Wilno erscheinende „Dziennik Wileński“ (Nr. 251) berichtet: „Am 29. November, als an dem Gedenktage des Ausbruches des Aufstandes vom Jahre 1830, hat in der Sankt-Johannis-Kirche eine feierliche Totenmesse zu Ehren der gefallenen Helden stattgefunden. Obwohl es kein Feiertag war, war das Gotteshaus überfüllt. Der in der Mitte

der Kirche sich erhebende Katafalk war mit Ulanenlanzen und Fahnen in polnischen Nationalfarben geschmückt; auf dem symbolischen Sarg lag ein Ulanen-Tschako aus dem Jahre 1830/31. Den Katafalk umstand eine Delegation der Legionen aus 20 Mitgliedern bestehend. Die heilige Messe las der Feldkaplan der Legionen P. Ambros. Es ministrierten zwei Legionäre. Pater Sienkiewicz hielt eine erhebende Predigt. Nach dem Gottesdienst wurden die Legionäre in dem Adelskasino zu einem Frühstück geladen.

Polnische Studenten an deutschen Hochschulen. Aus Jena wird berichtet: Durch die Wiederherstellung des Königreichs Polen ist die Frage wieder aufgeworfen worden, ob die Studenten polnischer Staatsangehörigkeit jetzt wieder Zutritt zu den deutschen Universitäten erlangen können. Als russische Staatsangehörige war ihnen bekanntlich das Studium auf deutschen Hochschulen versagt. Nach einer an zuständiger Stelle eingezogenen Erkundigung liegen Bedenken gegen die Zulassung polnischer Studenten an deutschen Universitäten nicht vor.

Die Tätigkeit der polnischen Friedensgerichte in Warschau. Aus Berechnungen und Zusammenstellungen des Richters Kierski, welche er in seinem Buche „Die polnischen Gerichte in Warschau“ bietet, geht hervor, dass die gegenwärtigen Friedensgerichte (Gerichte I Instanz), die von polnischen Juristen besetzt sind, in der Zeit vom 1. Februar bis 1. November l. J. von den 97689 Einläufen 91145 erledigt haben. Zur Apellationsinstanz liefen in der Zeit vom 18. März bis 1. November 652 Zivil- und 330 Strafsachen ein; davon wurden 454 Zivil- und 146 Strafsachen erledigt. Zur Abteilung für Zahlungseinstellungen liefen vom 1. Juni bis 1. Oktober 57 Eingaben ein, die sämtlich erledigt wurden.

Geraubte polnische Erde. Nach den letztens gesammelten russischen Daten, gibt es in Polen 265 russische Majorate. Die erste Partie davon, 131 an der Zahl, entstand im Jahre 1836 aus den Nationalgütern und den 1831 konfiszierten Privatgütern; die zweite Partie, 78 an der Zahl, wurde 1869/70 zum Teil aus den nach 1831 konfiszierten Nationalgütern, zum Teil aus den Besitzungen der Teilnehmer an dem letzten Aufstand 1863 vergeben. Ueber dies wurden zwischen 1835 und 1876 dreizehn Nationalgüter mit dem Rechte unbegrenzten Eigentums erteilt an Paskiewicz, Kotzebue u. a. russische Würdenträger; darunter wurden auch die Familien der im Jahre 1830 während der Revolution getöteten polnischen Generale berücksichtigt. Der Rest ging an Russen.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.